

Bezugsspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungshändler 800.—
am Postamt 990.—
im Ausland 100 deutsche M.

Fernsprecher
2273 3110

Tele.-Adr.: Tageblatt Polen.

Poststelle für Polen: Nr. 200 283 in Polen.

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlassung oder Auswärtsreise hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenspreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenpartie innerhalb
Polens ... 50.— M.
Niederschlesien 180.— M.
Stellen-Gesuche und
Angebote ... 40.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenpartie 10.— d. M.
aus Deutschland } Niederschlesien 36.— d. M.

Von guten und schlechten Demokraten.

Im alten Sejm gab es vier Parteien, die das Wort "demokratisch" in ihrer Firma führten. Teils nennen sich die Leute, die sich in diesen Parteien zusammenschlossen, "Demokraten" schlechtweg, teils geben sie dem Worte "demokratisch" einen Zusatz, der die besondere Farbung oder Art der von ihnen vertretenen "Demokratie" kennzeichnen sollte. Da gab es Nationaldemokraten, christliche Demokraten, Sozialdemokraten und die polnisch-e Volkspartei (Polskie stronnictwo ludowe) mit ihren verschiedenen Untergruppen. Vier Parteien, die sich zum Teil auf das heftigste befiehdeten und heute noch befinden. Vier Parteien, die die Wunden des Staates mit entgegengesetzten Mitteln heilen wollen. Und sie alle nennen sich Demokraten. Wie ist das möglich?

Hier wird wieder einmal deutlich, wie nichtssagend und wertlos politische Schlagworte sein können, und wieviel Vorsicht geboten ist, wenn man von dem Namen einer Partei auf ihr Wesen und ihre Ziele schließen will.

Bor wenigen Tagen wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Wort "konservativ" einen guten und einen schlechten Sinn haben kann. Nicht anders ist es mit dem Worte "demokratisch".

Demokratie heißt Volkherrschaft. Die wahre Demokratie setzt zweierlei voraus. Erstens: Die völlige Gleichberechtigung aller erwachsenen Bürger und Bürgerinnen des Staates. Zweitens: Eine politische Reife des Volkes oder der von ihm als seine Vertreter gewählten Männer und Frauen, die eine weise Volkherrschaft möglich macht.

Polen hat eine ihrem Wortlaut nach demokratische Verfassung. Das im Sejm — und künftig auch im Senat — vertretene Volk soll durch eben diese von ihm gewählten Abgeordneten selbst die Herrschaft ausüben.

Man wird nicht behaupten können, daß der bisherige Sejm von sich sagen darf, er sei wirklich die geeignete und den oben gekennzeichneten Voraussetzungen entsprechende Vertretung eines in einem demokratischen Staat sich selbst regierenden Volkes. Der Voraussetzung der völligen Gleichberechtigung konnte er nicht entsprechen, weil die nationalen Minderheiten in ihm nicht so vertreten waren, wie es ihr zahlenmäßiger Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes erfordert hätte, und weil er in einer Zeit gewählt war, in der diese Minderheiten als Volk zweiter Klasse behandelt wurden, und daß er der Voraussetzung der politischen Reife nicht entsprach, haben die Tatsachen gezeigt, — vor allen Dingen die eine Tatsache, daß infolge des Bestrebens gewisser Parteien, rein äußerlich das "Volk" möglichst nachdrücklich als die regierende Schicht in Erscheinung treten zu lassen, nicht wenige Männer in das Parlament hineingekommen waren, die kaum des Lesens und Schreibens fündig und durch ihre bisherige Tätigkeit in keiner Weise für das schwere Amt des Volksvertreters vorbereitet, gar nicht in der Lage sein konnten, sich einen Einblick in den Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen zu verschaffen, und daher gar nicht anders konnten, als blind und ohne die Spur eines eigenen Urteils ihren Führern folgen oder ihren Entschluß lediglich vom Standpunkt ihres engsten Berufs- oder Standesinteresses fassen.

So sah der erste Sejm aus. Dass der zweite Sejm ihm nicht gleichen darf, darüber sind sich, wie es scheint, alle einig.

Wähler, sorgt dafür:

Erstens: Dass die Zusammensetzung des künftigen polnischen Parlaments die Gleichberechtigung aller Gruppen der Bevölkerung Wirklichkeit werden läßt.

Zweitens: Dass im künftigen Sejm nur kundige, politisch reife, zum schweren Amt des Volksvertreters durch Leben und Erfahrungen vorbereitete und zu ernster Arbeit bereite Männer und Frauen sitzen.

Wähler, habt acht!

Vor den Sejmwahlen.

Rege Tätigkeit des Blocks der Minderheiten.

Der Block der Minderheiten entfaltet in Kongresspolen und den Ostgebieten eine rege Agitationstätigkeit. Die Deutschen beteiligen sich eifrig an der Arbeit im Interesse des Minderheitsblocks auch in den Bezirken, wo sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt haben, sondern ihre Stimme für einen Juden, Ukrainer oder Russen abgeben werden. Das ukrainische Zentralkomitee geht mit seiner Arbeit in jedes Dorf und hat in allen Ortschaften ukrainische Wahlkomitees organisiert, die in engem Kontakt mit den jüdischen Komitees arbeiten. Nach einer Meldung der "Nowiny Codzienne" begrüßt die ukrainische Bevölkerung ihre politischen Führer enthusiastisch bei den Wahlversammlungen; besonders populär sind diejenigen unter ihnen, welche auch für die Sache der Arbeiter und Bauern eintreten. Die Weißrussen und Russen zeigen nicht weniger energetisches Nationalbewußtsein und agitieren für die Sache des Minderheitsblocks. Der Wahlkampf gegen die sich absondernde Gruppe Balachowic' und anderer geht zünftig vorwärts, da diese Gruppe auf dem Lande gar keinen Einfluss hat und sich nur aus ein paar bezahlten Agitatoren zusammensetzt. Die einträchtige, angestrengte Arbeit aller Nationalitäten gibt uns die Gewähr, daß die Liste des Minderheitsblocks Nr. 16 eine hinreichende Menge von Abgeord-

neten zum Schutze der Minderheitenrechte aller Minderheiten und einer wirklich demokratischen Einrichtung des polnischen Staates in den Sejm bringen werden.

Ein Wahlkongress der Weißrussen.

Auf einer in Wilna abgehaltenen Versammlung unter Leitung des weißrussischen Führers Luckiemics nahmen 115 bevollmächtigte weißrussische Delegierte teil. Aus ihren Berichten geht hervor, daß die politische Auflklärung unter den Massen der weißrussischen Bevölkerung von Tag zu Tag wächst. Es verstärkt sich auch das Bewußtsein, daß eine weißrussische Vertretung im Sejm nötig ist. Die weißrussischen Bauern interessieren sich gegenwärtig für die Wahlen und nehmen die Agitatoren des Blocks begeistert auf. Das Verständnis für den Block der nationalen Minderheiten ist vollkommen, und alle "gefährlichen" und zu Wahlwenden von den Polen plötzlich hergestellten Weißrussen finden nur bei einer ganz kleinen Klique von Dorfschreibern Anhang. Die Bauern der Ostgebiete wenden sich energisch gegen das Auftreten des früheren Generals Balachowic, Allegius und anderer, die den Block bekämpfen.

Auch die Tschechen stimmen für den Minderheitsblock

Auf einer Versammlung in Celowa wandten sich die deutschen Kandidaten Uta und Drews in einer Rede über den Minderheitsblock und seine Ziele besonders an die anwesenden Tschechen mit der Aufforderung, für den Block zu stimmen. Hierauf erklärten die Vertreter der Tschechen, daß sie die Kandidaten des Blocks unterstützen wollten, besonders da auf der Liste des Blocks zahlreiche Arbeiterkandidaten stehen und die tschechischen Arbeiter das Vertrauen haben, daß der Block auch ihre Interessen schützen werde. Alle Versammelten sprachen sich für den Block aus.

"Nowiny Codzienne", eine in Warschau in polnischer Sprache erscheinende jüdische Tageszeitung, berichtet folgendes über die Tschechen in Wohlhnién: Die gegenwärtige Wahlperiode traf die Tschechen im allgemeinen vollständig unvorbereitet. Trotz ihrer prozentmäßig geringen Zahl im Vergleich zu den anderen Nationalitäten können sie doch manchen Stellen, zum Beispiel in Wohlhnién mit ihren Stimmen bedeutend auf das Resultat der Sejm- und Senatswahl einwirken. Die tschechischen Kolonisten haben nicht die Absicht, bei den ersten Wahlen zum polnischen Sejm und Senat eigene Kandidaturen aufzustellen, sondern sie wollen die Garantie haben, daß ihre Ziele vertrieben werden mit Hilfe einer anderen Partei, die ihre nationalen Forderungen unterstützt. Nur für eine solche Partei werden sie stimmen. Daher wollen die Tschechen in Wohlhnién für die vereinigten ukrainisch-jüdischen Listen stimmen; denn allein der Block der nationalen Minderheiten wird die völkischen Rechte aller Minderheiten vertreten.

Eine faule Liste. Von der Krakauer Wahlbezirkskommission wurden sämtliche eingereichte Kandidatenlisten mit alleiniger Ausnahme derjenigen der "Chjena" genehmigt. Diese Liste wurde abgelehnt, weil die Glaubwürdigkeit der Unterschriften zweifelhaft schien und weil die Eltern von Minderjährigen unterschrieben war.

Wähler nur durch persönliche Stimmabgabe. Diejenigen Einwohner, die an den Tagen der Wahl zum Sejm und Senat im Dienst unterwegs usw. sind, können ihre Stimme nicht abgeben. Der "Briald Wieszony" erläutert nur dazu, daß der Generalwahlkommisar eine Erklärung abgegeben hat, die dahin lautet, daß es eine andere Art, vom dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, als die persönliche Stimmabgabe in dem Wahlausschuß, in dessen Bezirk sich der Wähler am Vorlage der Wahlen aufgehalten hat, nicht gibt. Also können Reklamationen von Personen, die unterwegs sind, oder ihre Arbeitsstätte zwecks Teilnahme an der Abstimmung nicht verlassen können, auf Grund der bestehenden Vorschriften und Verordnungen nicht berücksichtigt werden.

Was hat der Wähler zu beachten?

1. Der Stimmzettel.

- Der Stimmzettel muß von weißer Farbe sein.
- Der Stimmzettel soll von solcher Größe sein, daß er in den im Wahllokal gelieferten amtlichen Briefumschlag, der ein Format von 9×12 cm hat, möglichst ungebogen hineinpäckt.
- Auf dem Stimmzettel steht nur die Zahl 16, die mechanisch aufgedruckt oder geschrieben sein kann. Jeder sonstige Zusatz ist unzulässig.
- Lädt euch keine falschen Stimmzettel in die Hand drücken! Nehmt die richtigen Stimmzettel nur von euren Vertrauensleuten entgegen!

2. Die Abstimmung.

- Der Abstimmungstag ist: für die Wahlen zum Sejm: Sonntag, der 5. November, für die Wahlen zum Senat: Sonntag, der 12. November.
- Die Abstimmung beginnt um 9 Uhr früh an und dauert ohne Unterbrechung bis 9 Uhr abends. Wählt möglichst am Vormittag!
- Die Abstimmung findet öffentlich in folgender Weise statt: Der Wähler tritt an den Tisch, an dem die Wahlkommission sitzt und nennt seinen Familiennamen und Vornamen. Nachdem das protokollführende Mitglied festgestellt hat, ob der genannte Vorname und Familiename sich in der Wahlliste befinden, erhält der Wähler einen abgestempelten Briefumschlag für die Abstimmung, tut seinen Stimmzettel in ihn hinein und übergibt ihn dem Vorsitzenden der Kommission, der den Stempel auf dem Briefumschlag prüft und leitet, ohne sein Interess anzusehen, in die Wahlurne wirft.
- Die Wähler, die wegen körperlicher Gebrechlichkeit die in diesem Artikel bezeichnete Tätigkeit nicht ausüben können, dürfen sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen.
- Jeder Wähler muß zur Wahl ein Ausweispapier mitbringen und dem Vorsitzenden der Wahlkommission auf Verlangen vorzeigen. Als Ausweispapiere gelten: Wykaz osobistyczny, Paß, Steuerzettel usw. — Wird das vorgelegte Ausweispapier als nicht genügend erachtet, so hat der Wähler zwei Zeugen beizubringen, die mindestens einem Mitglied der Wahlkommission bekannt sein müssen.

Hauptwahlausschuss
der Landesvereinigung des Deutschenbundes.

Republik Polen.

Pilsudski wird in Polen erwartet.

Die "Rzecznopolska" meldet, daß Pilsudski demnächst in Polen erwartet werde und mit seiner Familie im dortigen Schloss während seines Besuches zu wohnen beabsichtige. In derselben Zeit werde auch Ministerpräsident Nowak in Polen sein.

Die achtprozentige Anleihe.

Im Finanzministerium fand am Donnerstag eine Konferenz mit Vertretern der Großbetände statt, auf der Minister Jaszczyński die Grundsätze und Vorteile der Sprozentigen Goldanleihe darstellte. Die Teilnehmer an der Konferenz ergripen der Reihe nach das Wort und betonten, daß dies die erste Staatsanleihe in Polen sei, die mit Rücksicht auf die Vorteile, die sie den Kaufmännern bietet, dank ihrer zweimaligen Form Aussicht auf Erfolg habe. Minister Jaszczyński betonte zum Anfang, daß die polnische Öffentlichkeit, die zu Zeiten der Teilgebietsherrschaft dem Staatskredit Misstrauen entgegenbrachte, heute in der wiedererstandenen Republik daran denken müsse, daß sie die Pflicht hat, dem Staate zu helfen. Der Minister stellte dann die Grundsätze der Sprozentigen Goldanleihe dar. Sie besteht aus zwei Teilen zusammen, einem Teil, der auf den Vorrat an Edelmetallen in der polnischen Landesdarlehnskasse gestützt ist, und einem Teil in eigentlich polnischer Valuta. Die Anleihe ist in polnischer Mark zahlbar, die Coupons aber in Auslandsbeweisen, jedoch mit dem Vorbehalt der Ausgleichung des Dollars mit dem Schweizer Franken zwecks Erleichterung der Auszahlung der Coupons direkt in Auslandsbeweisen. Die Regierung wird grundsätzlich alle Coupons in Auslandsbeweisen auszahlen. Sollten aber technische Schwierigkeiten entstehen, dann erfolgt die Auszahlung in polnischer Mark. Künftig werden die Coupons von den Kreditinstitutionen sehr gern angenommen werden, in der polnischen Landesdarlehnskasse vorgelegt und dort in Form von ausländischen Überweisungen ausgezahlt werden. — Die Wiedergeburtsanleihe hat im ganzen 12 800 000 000 polnische Mark zu geben, davon sind bei der Danina 4 500 000 000 polnische Mark abgezahlt worden. Daß diese ganze Summe sich in der polnischen Landesdarlehnskasse in Lombard befindet, oder daß die Anleihe tot ist, spielt keine Rolle und wird auch keine Rolle spielen. Die Goldanleihe wird die Möglichkeit geben, alle, die sie besitzen, von der Last zu befreien, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmt. Bei dem Kauf der Goldanleihe kann man zu 50 Prozent mit Obligationen der Wiedergeburtsanleihe und zu 50 Prozent im Bar bezahlen. Die Regierung hat das Ihre getan. Jetzt muß die Bevölkerung dazuhelfen. Dies wird ihr diesmal um so leichter fallen, als die neue Anleihe durchaus kein Opfer ist, das auf den Altar des Vaterlandes gelegt wird, sondern eine Unterstützung des Staates, die mit dem eigenen Interesse des Käufers verbunden ist.

Interesse der schweizer Wirtschaftskreise für Polen.

Bern, 20. Oktober. Die schweizerische Wirtschaftsdelegation, die unlängst Polen besucht hat, veröffentlicht in der heutigen Presse ein Communiqué, in dem sie erklärt, daß sie sich auf Grund der unmittelbaren Beobachtungen verpflichtet fühlt, die Aufmerksamkeit der schweizerischen Wirtschaftskreise auf die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung Polens zu lenken. Das Kommuniqué empfiehlt diesen Kreisen die Aufnahme enger Beziehungen zu Polen und die Einholung näherer Informationen im schweizerischen Ein- und Ausfuhrbüro in Zürich, bei dem eine besondere Kommission für die schweizerisch-polnischen wirtschaftlichen Beziehungen gebildet worden ist. Der Kommission sind auch die Teilnehmer an der Rundreise durch Polen beigetreten.

Ein offener Brief an den Innenminister.

In Nr. 215 der "Deutschen Mundschau" befindet sich ein "offener Brief an den Herrn Minister des Innern Dr. v. Behrens" in dem sie erklärt, daß sie sich auf Grund der unmittelbaren Beobachtungen verpflichtet fühlt, die Aufmerksamkeit der schweizerischen Wirtschaftskreise auf die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung Polens zu lenken. Das Kommuniqué empfiehlt diesen Kreisen die Aufnahme enger Beziehungen zu Polen und die Einholung näherer Informationen im schweizerischen Ein- und Ausfuhrbüro in Zürich, bei dem eine besondere Kommission für die schweizerisch-polnischen wirtschaftlichen Beziehungen gebildet worden ist. Der Kommission sind auch die Teilnehmer an der Rundreise durch Polen beigetreten.

Ein offener Brief an den Innenminister.

In Nr. 215 der "Deutschen Mundschau" befindet sich ein "offener Brief an den Herrn Minister des Innern Dr. v. Behrens" in dem sie erklärt, daß sie sich auf Grund der unmittelbaren Beobachtungen verpflichtet fühlt, die Aufmerksamkeit der schweizerischen Wirtschaftskreise auf die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung Polens zu lenken. Das Kommuniqué empfiehlt diesen Kreisen die Aufnahme enger Beziehungen zu Polen und die Einholung näherer Informationen im schweizerischen Ein- und Ausfuhrbüro in Zürich, bei dem eine besondere Kommission für die schweizerisch-polnischen wirtschaftlichen Beziehungen gebildet worden ist. Der Kommission sind auch die Teilnehmer an der Rundreise durch Polen beigetreten.

1. Halten Sie es für richtig, daß die Seele eines Kindes, der durch das unschuldig erlittene Leiden seines Vaters (fünf Monate) einen gewissen Verlust erleidet, nicht damit in Verbindung bringt, ebensoviel die kürzlich erfolgte Verhaftung seines Sohnes. So etwas könnte sich auch ohne Wissen und Willen des Vaters des Kindes abspielen. „Sobald erlaube ich mir, Herr Minister, so führt der Verfasser des offenen Briefes fort, „Sie hiermit öffentlich zu fragen:“

1. Halten Sie es für richtig, daß die Seele eines Kindes, der durch das unschuldig erlittene Leiden seines Vaters (fünf Monate) einen gewissen Verlust erleidet, nicht dadurch immer mehr mit peinlichen Gefühlen der Regierung seiner Heimat gegenüber erfüllt wird, daß man ihn selbst auch noch verhaftet, wie einen ehrlosen Delinquenten durch die Straßen der Stadt schleppen, wie einen gemeinen Verbrecher in den Kerker stecken und dazu noch bei Spionage“ bezeichnet?

2. Halten Sie es für richtig, daß der Würde unseres Staates entsprechend, daß ernste Herren der Zivil- und Militärverwaltung sich damit beschäftigen, ein politisches Verfahren gegen einen Schulknaben einzuleiten, weil er — der beste Zeichner in der Schule — sich in das Maßnahmen die malerische Ansicht der Bromberger Schleuse nach der Natur hineinzeichnet, die ja auf Postansichtslaternen in jeder Papierhandlung läufig zu erkennen ist?

3. Wäre es nicht richtiger, wenn Ihre Untergaben anstattdessen von ihnen plötzlich von der Strafe in Haft genommenen Gymnasiasten Georg von Behrens die Arrestantenpritsche und die Straflingskloster erproben zu lassen (Wie uns Herr v. B. mitteilt, hat sich sein Sohn, der Lungenstochter ist, im Gefängnis erfüllt und hofft jetzt stark. Die Rev.), sich damit begnügen möchten, mein Kind zum Schlafen in seine Wohnung zu entlassen, nachdem doch seine Personalien einwandfrei festgestellt waren?

Mit der Ahnen, Herr Minister, zukommenden Achtung zeichne ich Ihr Dr. Eduard von Behrens, Erster Vorsitzender des Bundes der Deutschen Polens (Podg.) Bromberg, den 12. Oktober 1922.

Neues Gesetz über Beamtenpensionen. Wie der "Kurier Poznański" berichtet, vereinbart der Finanzminister im Zusammenhang mit der projektierten neuen Besoldungsordnung für die Beamten das Projekt eines neuen Pensionsgesetzes aus, das an die neuen Beamtengehälter angepaßt werden soll.

Aenderungen in den städtischen Steuern in Wilna. Im Zusammenhang mit der Änderung der Finanzverhältnisse hat die Stadtverordnetenversammlung eine Reihe von Änderungen in den

häftigen Steuern eingeführt. Der Magistrat plant die Erhöhung der Steuern für Eisenbahnladungen um 200 v. H. Gleichzeitig wird eine pauschalmäßige Besteuerung der Schauunternehmungen anstatt der bisher angewandten prozentualen Besteuerung eingeführt.

Das Präsidium des polnischen Roten Kreuzes. Am der Sitzung des Hauptkomitees des polnischen Roten Kreuzes, das sich auf Grund der in der Generalversammlung des polnischen Roten Kreuzes in Warschau vorgenommenen Wahlen neu konstituierte, hat sich nach den Ergebnissen das Präsidium des polnischen Roten Kreuzes wie folgt gebildet: Präsident: General Siedlecki und Gabrowski, Generalsekretär: Paszlawski.

Streit der Warschauer Schuhmacher. Der Schuhmachersstreit hat die Werkstätten aller Kategorien ergriffen. Die Angeklagten fordern 44 v. H. Lohn erhöhung.

Aus der polnischen Presse.

Über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden schreibt der "Dziennik Odrański": "Polen ist bereit in den deutschen Durchgangsverkehr nach Rußland zu willigen, wenn Deutschland den wirtschaftlichen Boykott gegenüber Polen aufhebt. Aber schon die ersten Anfänge des angeblichen Aufschwungs des Boykotts zeigten zwei Dinge: Die Deutschen hoffen zwar den Boykott auf, wo das für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen nützlich war, verbündeten jedoch die für Polen außerordentlich wichtige Zustellung von Pottasche. Unterseits machte es sich für die polnische Industrie von Anfang an fühlbar, daß die Öffnung der deutschen Grenze ihr nicht den geringsten Nutzen bringt. Wenn auch sicher gewisse deutsche Produkte, beispielsweise Karben, Eisen und komplizierte Maschinen, für Polen ein Bedürfnis sind, so haben sich die polnischen Industriellen jetzt zugleich vor die Gefahr einer scharfen Konkurrenz der hochentwickelten und weitverwiegten deutschen Industrie gesetzt. Sowohl die polnische als auch die Danziger Industrie sehen die Dresdener Verhandlungen mit Bedenken. Der Handel über Danzig zeigt lange aus dem deutschen Boykott Nutzen, da Danzig außer Wien der fast einzige Lieferant deutscher Waren für Polen war. Jetzt gewinnt die Sache eine andere Gestalt, da die direkten Eisenbahnverbindungen über Roni, Bromberg, Bentschen, Kattowitz sowohl für die deutsche als auch für die polnischen Kaufmannschaft vorteilhafter sind. Daselbe gilt auch für den Durchgangsverkehr nach Rußland."

Wojewodschaft Schlesien.

Die fünfte Sitzung des schlesischen Sejms.

Kattowitz, 20. Oktober. Zunächst berichteten eine Reihe von polnischen Abgeordneten die Berichte ihrer Reden in verschiedenen polnischen Blättern. Der Abg. Grajek (Nat. Arb. Part.) erklärt, daß seine Rede in der polnischen Presse völlig falsch zur Veröffentlichung kam. Dem schließt sich der Abg. Adamek (Sozialist) an und betont, daß die polnische Agentur "Agencia Wschodnia" seine Rede als die Rede Korfantys zur Veröffentlichung brachte. Es sei erforderlich, daß sich der Sejm mit diesen solchen Berichten befasse und daß solchen Berichterstattern auf die Dauer der Zutritt zum Sejm untersagt werden müsse. Sodann wird in die Tagesordnung eingetragen. Abg. Adamek (Poln. Soz. Part.) begründet als Berichterstatter des Ausschusses den Antrag über den

Erlaß von Nominationsdekreten für die Beamten der schlesischen Wojewodschaft.

Der Redner führt aus, daß die Beamten der Wojewodschaft noch keine Nominationsdekrete besäßen, bzw. nur vorläufige Nominations in Händen hätten, daß aber eine solche Lage die Tätigkeit der schlesischen Administration schädige. Die Beamten sind nicht sicher, ob sie für immer angestellte sind. Ihre verschiedenen Amtstätigkeiten können in rechtlicher Beziehung angezeifelt werden. Bei den Standesämtern könnten keine Todesurkunden ausgestellt werden, eben, von unbestätigten Standesbeamten geschlossen, seien ungültig. Verhaftungen könnten streng genommen nicht durchgeführt werden, weil zahlreiche Beamte der Polizei gleichfalls die Bestätigung noch nicht hätten, womit ihnen das Recht fehle, Amtshandlungen vorzunehmen. Der Antrag auf schlechte Beurteilung wird angenommen. Auch die dritte Lesung dieser Vorlage erfolgt sogleich. Abg. Kafowski referiert über das Gesetz betreffend die

Herausgabe eines schlesischen Gesetzesblattes.

Das Gesetz wird mit einer Verbesserung zu Art. 3 angenommen. Art. 3 erhält folgenden Wortlaut: Jeder Abgeordnete in Oberschlesien, die Sejmkanzlei sowie jedes Mitglied des Wojewodschaftsrates erhält jede Nummer des Schlesischen Gesetzesblattes. Dr. Matomski sprach dann über das Gesetz betreffend die Wahl des Wojewodschaftsrats. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung in bloc angenommen. Dann ging man zu dem Punkte der Tagesordnung: "Überweisung der vom Wojewoden im Einvernehmen mit dem demzeitigen Wojewodschaftsrat erlassenen Verfügung an die einzelnen Ausschüsse" über. Bei der Erörterung der Verfügung über die

Aenderung des Ernährungssystems

Sie es zu einer lebhaften Diskussion.

Abg. Korfanty erklärte, daß der Wortlaut dieser Verfügung, nach dem in Zukunft nur Personen, deren Einkünfte im September 18 000 M. betrugen, billiges Mehl und Zucker erhalten sollen, für die Arbeiter, Beamten und andere Funktionäre mit Rücksicht auf den Status der deutschen Waluta bedeutsam ist. Der Redner stellt den Antrag, die Höhe der Einkünfte, die zum Bezug billigerer Nahrungsmittel berechtigen, von 18 000 auf 28 000 M. und die Bulage für die Familienmitglieder von 500 auf 1000 M. zu erhöhen, und zwar schon für den Monat Oktober. In dieser Angelengenheit brachten auch der Abg. Adamek von der Poln. Soz. Partei und der Abg. Sikora von der Nationalen Arbeiterpartei Anträge ein. Schließlich wird der Antrag des Abg. Korfanty in zweiter und dritter Lesung mit der Verbesserung, daß die Erhöhung des Mindestbeitrags der Einkünfte auf 38 000 M. schon vom September gelten soll, angenommen. Abg. Korfanty führte dann weiter aus, daß bevor das Gesetz an die Ausschüsse überwiesen wird, diese Ausschüsse sich konstituieren müßten. Der Marschall Wolsky erklärte darauf, daß sich am Dienstag folgende

Ausschüsse

konstituieren werden: Der Ernährungsausschuß, der Ausschuß für die nationalen Minoritäten, der Ausschuß der Geschäftsausordnung, der Schul-, der Sozial- und der Landwirtschaftsausschuß, der Petitionsausschuß, der Haushalt- und der Rechtsausschuß, der Wohnungsausschuß für Flüchtlinge und schließlich der Wahlausschuß. Die Ausschüsse werden am Dienstag tagen. Zum Schluß brachte der Abg. Grajek von der Nationalen Arbeiterpartei eine Interpellation über die Entlassung von Arbeitern durch die Bismarckhütte ein. Damit wurde die Sitzung um 6 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung findet Dienstag, 3 Uhr nachmittags, statt.

Die ersten Diäten für die Abgeordneten.

Die Abgeordneten des Schlesischen Sejm erhielten heute die ersten Diäten. Bekanntlich ist in der Geschäftsausordnung festgelegt worden, daß die hierigen Abgeordneten die gleichen Diäten erhalten, wie die Abgeordneten zum Warschauer Sejm. Auf Grund dieses Beschlusses erhielten sie heute je 21 000 poln. Mark ausgezahlt. Beschlusses erhielten sie heute je 231 000 poln. Mark ausgezahlt.

Pole oder Deutscher?

Aus Deutsch-Weichsel, Kreis Pleß, wird geschrieben: Der wohnende Großgrundbesitzer Kuczyński hatte seinen Sohn, der die fünfte Klasse des Gymnasiums in Pleß besucht hatte, für das deutsche Mindheitsgymnasium in Kattowitz angemeldet. Der Junge war auch vom Direktor aufgenommen worden. Bei den derzeitigen Berücksichtigungen mit den Schülern, die man am Kattowitzer Gymnasium beliebt, wurde der junge Kuczyński als überzählig für die betreffende Klasse bezeichnet und ihm anheimgestellt, sich für das polnische Gymnasium anzumelden. Nach Anschuldigung des Direktors sei er polnischer Staatsangehöriger. Falls er dies nicht wolle, habe er sich als entlassen zu betrachten. Dies ist geschehen, obwohl doch feststeht, daß in der Anzahl genügend Plätze für die deutsche Minderheitsschule vorhanden sind. — Wenn jeder Deutsche, der einen polnischen Namen trägt, als Angehöriger der polnischen Nationalität angesehen werden sollte, dann müßten auch umgekehrt die Polen mit deutschem Namen, also, um nur ein paar beliebige Beispiele zu nennen, General Haller, der Wojewode Rymer (Riener) und der Diplomat Pilch ihre Kinder (wenig sie welche haben) in deutsche Schulen schicken. Es müßten schließlich in Warschau und überall im ganzen polnischen Reich deutschesprachige Schulen eingerichtet werden, denn in Polen gibt es mehr Leute mit deutschen Namen, als man gemeinhin annimmt. — Aber natürlich: das ist etwas ganz anderes: Wir leben doch in Polen, und Polen ist ein Nationalitätsstaat.

wie angemeldet. Der Junge war auch vom Direktor aufgenommen worden. Bei den derzeitigen Berücksichtigungen mit den Schülern, die man am Kattowitzer Gymnasium beliebt, wurde der junge Kuczyński als überzählig für die betreffende Klasse bezeichnet und ihm anheimgestellt, sich für das polnische Gymnasium anzumelden. Nach Anschuldigung des Direktors sei er polnischer Staatsangehöriger. Falls er dies nicht wolle, habe er sich als entlassen zu betrachten. Dies ist geschehen, obwohl doch feststeht, daß in der Anzahl genügend Plätze für die deutsche Minderheitsschule vorhanden sind. — Wenn jeder Deutsche, der einen polnischen Namen trägt, als Angehöriger der polnischen Nationalität angesehen werden sollte, dann müßten auch umgekehrt die Polen mit deutschem Namen, also, um nur ein paar beliebige Beispiele zu nennen, General Haller, der Wojewode Rymer (Riener) und der Diplomat Pilch ihre Kinder (wenig sie welche haben) in deutsche Schulen schicken. Es müßten schließlich in Warschau und überall im ganzen polnischen Reich deutschesprachige Schulen eingerichtet werden, denn in Polen gibt es mehr Leute mit deutschen Namen, als man gemeinhin annimmt. — Aber natürlich: das ist etwas ganz anderes: Wir leben doch in Polen, und Polen ist ein Nationalitätsstaat.

Valutasmher der Bergarbeiter.

Nach dem "Polak" sahnen die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in Gleiwitz, der dem B.Z.W. angehört, am 18. d. Mts. eine Resolution, in der von der Wojewodschaft die Einführung der polnischen Valuta in Polnisch-Oberschlesien als offizielles Zahlungsmittel fordern, da der Arbeiter durch die deutsche Valuta infolge ihres Surges sehr geschädigt sei.

Evangelische Zusammenkunft in Kattowitz.

Gegenüber der früheren großen Bersplitterung der einzelnen evangelischen Kirchengemeinden macht sich in der Gegenwart immer mehr ein Zusammenschluß der einzelnen evangelischen Kirchen bemerkbar, wie er auf dem Gebiet des Weltchristianismus durch zahlreiche evangelische internationale Tagungen und im evangelischen Deutschland etwa durch die Gründung des evangelischen Kirchenbundes seinen Ausdruck fand. Auch in Polen werden sich die evangelischen Kreise je länger je mehr zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden müssen. Am 18. und 19. Oktober d. J. versammelten sich in Kattowitz Vertreter Männer der evangelischen Kirchen und Gemeinden aus Posen-Pommern, Ostoberschlesien, Bielitz und Kleinpolen (Galizien) zu freundschaftlicher Zusammenkunft und freier Besprechung gemeinsamer Aufgaben. Neben der Stellung zu den Seften und zur "romischen Gefahr" wurde unter anderem über eine freie Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete evangelischer Liebsterlichkeit, innerer Mission und evangelischer Predigtätigkeit verhandelt. Auch die Frage des evangelischen Religionsunterrichtes und des evangelischen Schulwesens wurde besprochen und namentlich ein gemeinsames Eintreten für die bewährte evangelische Lehrerbildungsanstalt in Bielitz vereinbart.

Für die von einflügeligem, brüderlichstem Geiste getragenen Verhandlungen hatte die evangelische Kirchengemeinde in Kattowitz einen prächtigen Rahmen geschaffen durch die weitestgehend freundliche Gastlichkeit, mit der die Teilnehmer der Konferenz in den Häusern der Gemeindeglieder und bei einem gemütlichen Zusammensein im Vereinshaus aufgenommen wurden. Auch meisterhafte Darbietungen auf der neuen mächtigen Orgel der Kattowitzer evangelischen Kirche durch Prof. Lubrich werden den Teilnehmern in dankbarer Erinnerung bleiben.

Deutschland unter Aufsicht.

Am Freitag überreichte Barthou im Namen der französischen Delegation der Reparationskommission die Denkschrift, die Frankreichs Vorschläge zu den Anstrengungen Braburys enthält. Diese Vorschläge, die auf eine strenge Kontrolle des Haushalts des Reiches und der eingeladenen Länder und Beaufsichtigung der Finanzverwaltung Deutschlands durch die Gläubiger hinauslaufen, wird selbst in Frankreich für undurchführbar gehalten. Darauf gibt auch die Haltung der französischen Presse ein Bild. Der "Petit Parisien" steht mit seinem offiziösen Optimismus allein, wenn er die Hoffnung äußert, daß Sir John Bradbury seine Vorschläge zurückziehen und einen Versuch mit der von Frankreich empfohlenen Methode gutheißen werde. Das "Journal" hält eine Kompromiß-Verständigung diesmal für ausgeschlossen und meint, die französischen Pläne hätten nur Aussicht auf Annahme, falls Bonar Law die englische Reparationspolitik nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Vernunft umstellen wollte. Der "Figaro" sieht einen erbitterten Kampf zwischen der französischen und englischen Auffassung voraus und meint, dieser Kampf werde sich besonders um den französischen Vorschlag drehen, daß jeder der Verhinderten die als notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Wahrung seiner Rechte besonders treffen darf, wenn ein Vertrag Deutschlands festgestellt sei. Der "Excelsior" berichtet, in den Kreisen der englischen Reparationskommission halte man den Plan für praktisch undurchführbar. Man betone, daß er verhängnisvolle politische Rückwirkungen in Deutschland ausüben würde und in Widerprüfung zu Artikel 234 des Versailler Vertrages stehe. Sir John Bradbury halte die Brüsseler Konferenz für überflüssig, weil die Reparationskommission nach dem Vertrage unbestreitbar das Recht habe, den Zahlungsplan für 1923 und 1924 selbst festzusezen.

Ablehnende Haltung Englands.

Der Pariser Sonderberichterstatter des "Daily Chronicle" schreibt, daß der neue französische Plan zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen in britischen Kreisen in Paris für unmöglich angesehen werde. Es werde gesagt, daß diese Vorschläge, die eine Alliierteneinigung in die deutschen Finanzen und die deutsche Regierungsbefugnisse bedeuten, allen bisherigen Vereinbarungen zumüdaufen und die Übernahme der deutschen Finanzen durch die Alliierten bedeuten würde. — Der Pariser Sonderberichterstatter des "Daily Herald" erwartet unverzüglich den Rücktritt Braburys von seinem Posten in der Reparationskommission als Folge der Antwort der französischen Regierung auf seinen Vorschlag, Deutschland ein Moratorium zu gewähren. Brabury sei überzeugt, daß die Ablehnung seiner Vorschläge und die Annahme der französischen Gegenvorschläge so katastrophale Folgen für ganz Europa haben würde, daß er sich verpflichtet fühle, nachdrücklich jede Verantwortung für das, was dadurch bewirkt würde, abzulehnen.

Das Ende der Politik Lloyd Georges.

Lloyd George hat am Sonnabend in Leeds eine Rede gehalten, in der er seine Regierungspolitik während des Krieges sowie nach dem Friedensschluß verteidigte und vor der Gefahr einer radikal-konservativen Regierung warnte. Lloyd George erklärte ferner, daß der Versailler Vertrag ein Dokument für die Freiheit von Millionen von Menschen sei. Seine ersten Beschlüsse betreffen den Völkerbund und die Rüstungseinschränkungen in Mitteleuropa. Wenn der Vertrag viele Unvollkommenheiten und Komromisse enthält, so war dies wegen der Notwendigkeit der Verabsichtung so vieler Fragen und Nationalitäten unvermeidlich. — Über seine Sierung sagte Lloyd George wörtlich: "Meine ganze Sierung ist demokratisch und sozialistisch. Mein Plan sieht es zwar nicht gern, ich stehe aber für das Volk. Niemals habe ich mehr gearbeitet als in den letzten sechs Jahren. Ich hatte kaum Zeit, wenn man mich scharf kritisierte, dem Volke die wahre Geschichte darzulegen. Jetzt habe ich mehr Zeit, denn ich bin nun einer der Arbeitslosen. Ich habe die Wahrheit meinen Bericht in die Hände des Volkes zu legen, damit es selbst entscheiden kann, ob ich ihm gedient habe oder nicht. Ich habe ehrlich und aufrichtig gesucht und nur einen Zweck verfolgt, mein Land nach meinen besten Präisen zu dienen. Während des Krieges tat die Regierung alles,

was sie irgend tun konnte. Ich übernahm die Leitung, um ein System von Alterspensionen und Gesundheitsversicherungen einzurichten."

Eine Lloyd George-Oppositionspartei?

In englischen politischen Kreisen drückt man die Überzeugung aus, daß Lloyd George und seine Anhänger in der liberalen Partei eine Oppositionspartei im Parlament bilden werden, in das auch einige konservative Mitglieder aus dem früheren Kabinett Lloyd George eintreten würden.

Lloyd George Vorsitzender der liberalen Partei.

In der Versammlung des Oberen Rates der englischen liberalen Partei wurde Lloyd George zum Vorsitzenden gewählt. Vizevorsitzender wurde Churchill.

Das mutmaßliche neue Kabinett.

Der Parlamentsberichterstatter der "Times" schreibt, daß die Hauptmitglieder der Regierung schon heutzustand ganz sicher genannt werden können. Es sind dies: Bonar Law, Lord Curzon, Lord Derby, Salisbury. Die Politik der neuen Regierung wird zweifellos die Beibehaltung und Festigung des Bündnisses mit Frankreich zur Grundlage haben. Außerdem wird in den Grenzen der Möglichkeiten ohne Bericht auf ihre Rechte, und ohne das Prestige zu gefährden, seine Nachkriegsverpflichtungen herabsetzen.

Bonar Law möchte die Auflösung des Parlaments.

Die Haltung Balfours, Chamberlains und Lord Birkenheads ist bisher noch nicht entschieden. Es besteht der Zweifel, ob sie der neuen Regierung beitreten werden. Bonar Law hat im Parlament erklärt, daß er, wenn er offiziell zum Führer der Regierungsmehrheit gewählt sein werde, dem Könige die Auflösung des Parlaments anzuzeigen gedenke.

Lloyd George will sich in Amerika erholen.

Londoner Blätter geben die Nachricht wieder, daß der zurückgetretene Ministerpräsident Lloyd George die Absicht hat sich nach Amerika zu begeben, um dort auszuruhen, da er sich infolge der letzten Ereignisse sehr erschöpft fühlt. Aus sicherer Quelle wird gemeldet, daß Lloyd George von seinem Freunde James Davis eine Einladung erhalten hat. Während seiner Reise nach Leeds haben die Anhänger des früheren Premiers ihm auf dem Bahnhof eine Ovation veranlaßt, was von dem Vertrauen zeugt, daß sie ihm weiter entgegenbringen.

Rußland und der Orient.

Tschischerin hat an die russischen Vertreter in London und Rom ein Telegramm gerichtet, in dem er nochmals dringend die Teilnahme Russlands an der Orientkonferenz fordert. Er drückt darin sein Erstaunen aus, daß die alte russische Mitteilung von den Mächten unbeantwortet blieb, während die Einladung an die Angoraregierung gezeigt, daß die Konferenz, die den Orientkonflikt lösen soll, in nächster Zeit zusammenentreten wird. Nach der Ansicht der russischen Regierung vermag nichts die Verzettelung einer Orientkonferenz zu rechtfertigen, an der Mächte wie Südrussland, Rumänien und selbst Japan teilnehmen sollen, aber nicht das am meisten interessante Rußland. Diese systematischen Weigerungen, die elementarsten Interessen Russlands in Erwägung zu ziehen, schufen Grundlagen, die die ernsteste internationale Entwicklung begünstigten.

Wenn man die geographische Lage Russlands und die politischen Vorteile betrachte, müßte es allen offenbar werden, daß die Befestigung des Friedens in diesem Teile der Welt und die dauerhafte Lösung der damit verbundenen Fragen ohne Russlands Teilnahme unmöglich sei. Russland sei der einzige Staat gewesen, der die Angoraregierung anerkannt habe und mit ihr durch Vertrag verbunden sei. Durch Anerkennung der türkischen Grenzen habe Russland tatsächlich Anteil an der Lösung der Fragen des nahen Ostens genommen, ohne sich auf die Frage der Meerengen zu beschränken. Diese Frage könne nicht getrennt entschieden werden.

Die Freiheit der Meerengen, sowie die Möglichkeit dieser oder jener Verwaltung hängt von der allgemeinen politischen Lage im Orient ab. Falls man Rußland vor vollendete Tatsachen stellen wolle, so werde es diese Entscheidung auf keinen Fall anerkennen. Die russische Regierung bestrebe daher mit Entschiedenheit auf ihrer Teilnahme an der Konferenz über den nahen Osten in Vollständigkeit und ohne irgendwelche Einschränkungen, und sie beanspruche ihre Teilnahme auf den gleichen Grundlagen und unter denselben Bedingungen, wie die anderen vertragsschließenden Parteien.

Beginn der Orientkonferenz am 13. November.

Die Pariser Morgenblätter meinten zu der Orientkonferenz, daß man sich in Paris, London und Rom entschlossen hat, die Konferenz nach Lausanne für den 13. November einzuberufen. Die Frage der Meerengen soll gesondert besprochen werden. An der Konferenz werden die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Japans, Südostasiens, Griechenlands und die der Türkei teilnehmen. Außerdem sollen Russland, Grusien und die Ukraine eingeladen werden.

Sowjettruppen vor Wladivostok.

Einer Meldung aus Tokio folge ist infolge des Abzuges des Kommandanten der weißen Truppen, Generals Dietrich, die Stadt Nikolajewsk am 15. Oktober in die Hände der Roten gefallen. Man rechnet mit dem unmittelbar bevorstehenden Fall Wladivostoks. — Nach einer Moskauer Meldung sind die Truppen der Republik des Fernen Ostens bereits vor Wladivostok angelangt. Die Verhandlungen wegen der Übergabe der Stadt haben begonnen. Die japanische Besatzung verlangt jedoch, daß sich die roten Truppen zurückziehen und nicht eher in die Stadt einmarsch

Aus Litauen.

Schwierige Wirtschaftslage. Infolge der Einführung der neuen Banknoten, des sogenannten "Litasa", ist eine Preissteigerung erfolgt. Das Chaos in den Wirtschaftsverhältnissen ist so groß, daß die Barenmarknotierungen in den einzelnen Ortschaften sehr bedeutend von einander abweichen. Die Regierung hat eine Reihe von Beratungen über die Bekämpfung der Teuerung organisiert. Konkrete Mittel sind noch nicht zur Anwendung gelangt.

Die Hoffnung auf Memel. Der "Dziennik Kowieński" berichtet in einem längeren Artikel die Memeler Frage, anläßlich dessen, daß sie aus die Tagesordnung der Beratungen des Reichstages gezeigt worden ist. Das Blatt meint, daß diese Frage ganz gewiß nicht entgegen den französischen Interessen enthandeln werden wird und erinnert die maßgebenden litauischen Kreise daran.

Deutsches Reich.

Der Workplan gegen den Reichskanzler. Wie jetzt bekannt geworden ist waren zwei Ankläge geplant, von denen der eine schon am 15. Oktober, der andere am 20. Oktober ausgeführt werden sollte. In beiden Fällen konnte der Kanzler rechtzeitig gewarnt werden, da einer der an der Verschwörung beteiligten selbst die Polizei benachrichtigte. Am Preußischen Landtag war die Angelegenheit am Sonnabend Gegenstand einer heftigen Kontroverse zwischen den Sozialisten und den Deutschnationalen, die die gegen sie gerichteten Verdächtigungen erregt zurückwiesen.

Der Reichskanzler mahnt im Reichstage zur Besinnung. Im Reichstage forderte der Reichskanzler Dr. Brinck die Parteien auf, sich durch den Einstand der Situation klar zu sein. Nach den Nachrichten, die die Regierung habe — und von einem der Beteiligten an der Verschwörung sei auch bereits ein Geständnis abgelegt worden, müsse mit neuen politischen Morden in Deutschland gerechnet werden. Diese Mitteilung rief im Hause lebhafte Bewegung hervor.

Zwei Milliarden Berliner Notgeld. Der Magistrat hat beschlossen, zwei Milliarden Grosznotgeld in den Verkehr zu bringen und zwar für 1 Milliarde 1000 Mark Scheine, für 750 Millionen 500 Mark Scheine und für 250 Mark 100-Mark-Scheine. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 23. Oktober.

Gürmermeisterversammlung der Posener Wojewodschaft.

Am Sonnabend fand in Posen eine Bürgermeisterversammlung der Wojewodschaft Posen statt, die vom Bürgermeister M. S. J. Olszowski eröffnet wurde. Ihr wohnten die Ministerialdezernenten Herold, Hell und Dr. Konopinski aus dem Ministerium des ehemaligen preußischen Teilegebietes bei.

Bürgermeister Dr. Kiełbacz-Posen behandelte als erster Redner das Problem der städtischen Finanzen. Die beste Einnahmequelle sei für die Gemeinden die Umsatzsteuer gewesen, die jetzt der Staat, gleich der Grund-, Gebäude- und Patentssteuer für sich in Anspruch nimmt. Die Wertzuwächse seien sehr ungerecht gewesen, deshalb habe der Ministerrat ihre vorläufige Aufhebung beschlossen. Die Einkommensteuer sei das Schmerzensind der Steuerverwaltung. Sie werde wahrscheinlich verschwinden, und an ihre Stelle werde eine sogenannte Nichtsteuer (Zimmersteuer) treten. Der Redner kam zu dem Schluss, daß die Einkommensteuer später nur von sehr hohen Einkommen erhoben werden würde, die in Kongresspolen und Galizien nur schwer zu erheben sein werde. Für diese Gebiete bleibe daher nur noch die Grund- und Patentssteuer übrig.

Bürgermeister Kożewski-Kosten: Wir müssen wenigstens die Budgets der Gewerbesteuer erhalten. — Siedlungsfinanzen: Die finanzielle Lage der Städte, besonders der Mittel- und Kreisstädte ist sehr ernst, da man ihnen alle Einnahmen genommen hat. Auf unsere Eingaben erhalten wir von der Starostwa keine Antwort. Das Standesamt auf den Jahrmarkten sei eine gute Einnahme für die Städte. Der letzte Jahrmarkt in Brzozie hat eine halbe Million Mark Gehilfen gebracht. — Poleskie-Schroda: Die Einnahmen der Städte sind so begrenzt worden, daß diese heute nicht mehr weiter wirtschaften können. Wenn man den Städten nur Vorschüsse geben will, so halten wir dieses Verfahren für verfehlt und schädlich. Den bedrohten Städten gebühre schleunigst Hilfe. Die großen Städte können sich noch eher helfen, nicht aber die Kleinstädte. Wir weisen die Wohnungssteuer, die Dr. Kiełbacz erwähnt hat, im Interesse des Mittelstandes und der Arbeiter zurück. Sie würde auch auf die Bautätigkeit der Städte ungünstig zurückwirken. Die Staatsaufstellung ist uns sehr erschwert. Was uns fehlt, ist die Rückkehr zu normalen Verhältnissen. — Bürgermeister Gdakow: Das jetzige System schlägt uns. Was will man jetzt nicht alles für Steuern einführen! Sogar eine Treppen- und Korridorsteuer. (Heiterkeit.) Das Einkommen der Städte müßte sich auf die Grund- und Einkommensteuer stützen. — Dr. Konopinski: Zugeben muß ich, daß man den Städten alle Einnahmen genommen hat. Die Einkommensteuer ist für Polen ein Unding, weil hier andere Verhältnisse vorliegen als in den übrigen Staaten. Das ganze Steuersystem soll verändert werden. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sollen dem Staat zufallen. Die Einkommensteuer wird der Staat den Kommunen überlassen. Man hat sich in Kongress- und Kleinpolen nicht an diese Steuer gewöhnt. Hier muß erst die Steuermoral und das Gewissen der Bürger gehoben werden.

Die weiteren Verhandlungen betrafen die Anleihe der Städte, die den Kommunen von Staat wegen zu einem Satz von 10 Prozent (rückzahlbar nach einem halben Jahr) in Aussicht gestellt worden ist. Verhandelt wurde ferner über die Bußfänge zur Gewerbe- und Umsatzsteuer, sowie der Kreis- und Provinzialabgaben und die Aufbringung der Polizeiförderung durch die Städte. Vorgeschlagen wurde, daß auch die selbstständigen Gutsbezirke zu den Kosten heranzuziehen sind.

Angenommen wurde ein Antrag, nach dem 1. den Städten das Recht der Einkommensteuer erhalten bleibt; 2. die Aufbringung der Umsatzsteuer aber wenigstens einen Teil an die Städte empfiehlt; 3. den Städten das Recht gibt, Vorschüsse auf die Steuern zu erheben.

Deutsche Vortragssveranstaltungen. Am Dienstag, dem 14. d. Ms., beginnen um sieben Uhr Vorträge in Polnisch "Ar Antänger", um acht Uhr Greif "Englisch für Antänger". Alle genannten Veranstaltungen im Vortragszimmer des Evangelischen Hauses (2. Stock). — Die Vorlesung über Geschichte und Wesen des Buddismus, deren Anfang ebenfalls auf morgen Dienstag, abends 6 Uhr angezeigt war, kann, da der Vortragende, Superintendent Rhode, durch die Wahlvorbereitungen verhindert ist, erst Dienstag, den 7. November, abends 6 Uhr, im kleinen Vortragssaal des Evangelischen Vereinshauses beginnen.

Deutsche Kunstaustellung in Posen. Es ist beabsichtigt, in den ersten Dezemberwochen in Posen eine Kunstaustellung von jetzt noch in Polen lebenden deutschen Künstlern zu veranstalten. Die Kunstaustellung wird in Form einer Weihnachtsmesse stattfinden. Es wird Gelegenheit zum Kauf von Bildern, Radierungen und Kunstgegenständen sein. Es haben sich bereits eine Anzahl Künstler für die Ausstellung gemeldet. Weitere Meldungen nimmt der veranstaltende Ausschuß zur Pflege deutscher Geisteslebens in Posen (Deutsche Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1) oder der Geschäftsausschuß (Herr Krüger, Solatsch, ul. Mazowiecka 12) entgegen.

Milizionärskontingut. In der letzten Bziehung gewann das Los Nr. 478558.

Wahlkalender.

24. Oktober. Die Wahlkreiskommissionen liefern den Stimmkreiskommissionen Wahlausfälle mit den Kandidatenlisten zum Ankleben. (Art. 56, Abs. 3.)

26. Oktober. Die Kreiswahlkommissionen übersenden den Bezirkswahlkommissionen zwei Exemplare der endgültig festgestellten Wählerliste und übersenden gleichzeitig die dritten Exemplare der Liste an die zuständigen Gemeindevorsteher. (Art. 40 und Art. 115 g.)

30. Oktober. Die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen legen die endgültig festgestellte Wählerliste zur öffentlichen Durchsicht aus. (Art. 43, Abs. 1 und Art. 115 g.)

3. November. Letzter Tag der wiederholten Auslegung der Wählerliste. (Art. 43, Abs. 1 und Art. 115 g.)

5. November. Abstimmung für den Sejm.

12. November. Abstimmung für den Senat.

13. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Sejmswahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.)

20. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Senatswahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.) (Dz. Ust. R. P. Nr. 81 vom 29. September 1922, Pos. 724.)

Frostschutz der Wasser- und Kanalisationssysteme. Um Störungen in der Wasserversorgung aus der künstlichen Wasserleitung oder bei der Ableitung der Hauswasser bis in die Straßenkanäle zu vermeiden, werden die Grundstückseigentümer, deren Besitzer darauf hingewiesen, daß bei eintretender Kälte die Leitungen einfrieren können. Der Frostgefahr sind besonders ausgesetzt: 1. Wasserleitungen, die im Freien mit geringerer Deckung als $\frac{1}{2}$ Meter im Sandboden verlegt sind, oder in den Gebäuden nicht an den Flischentümern geheizter Räume liegen. 2. Wassermesser und Leitungen in den Kellern, den Fluren bei offenen Fenstern oder Türen. 3. Geruchsverschlüsse in den Entwässerungsanlagen in kalten Räumen und die Spülkästen in freistehenden, wenig benutzten Aborten. Die gefährdeten Leitungen sind gegen die Einwirkungen der Winterkälte durch geeignete Ummüllungen zu schützen. Als geeignete Ummüllung wird Darmfüllpudring, die in hölzerne Schuhkästen untergebracht jahrelang brauchbar bleibt. Bei besonders frost belagerten Räumen ist die Sitzführung von Wärme durch Ausstellung eines kleinen Ofens zu empfehlen. In den meisten Fällen genügt das Brennen einer kleinen Gasflamme oder eine auf den Fußboden gestellte Lampe, um die Frostgefahr auch in den kaltesten Nächten zu beseitigen. Auch wird das rechtzeitige Schließen und Abdichten der in der Nähe der Leitungen befindlichen Fenster und Öffnungen die Gefahr des Einfrierens wesentlich verringern.

Großes Theater. In der Aufführung der "Halla" am Dienstag dieser Woche singt Herr Wolicki hier zum ersten Mal den Ton. An den übrigen Mollen wirken mit die Damen Fontanowicz und Kaczyńska und die Herren Romello und Tarnawski. Am Mittwoch zum vierten Mal Conrad Wallenrod.

Violinkonzert von Edith von Voigtland-Berlin: Auf das am Donnerstag den 26. Oktober stattfindende Solokonzert von Edith von Voigtland darf nochmals hingewiesen werden. Die Begleitung hat Frau Gitta Kipp aus Danzig übernommen. Edith von Voigtland wird die Violinsonate von Brahms op. 108 in D-moll und unter anderen Werken auch die Sonaten von Sarasate zum Vortrag bringen. Eintrittskarten zum Preis von 1500, 1000, 500 und 300 M. sind im Vorverkauf in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben.

X Über einen Übersfall auf einen hiesigen Friedensrichter. X berichten polnische Blätter in ihrer Sonnagsausgabe, in den Einzelheiten mehr oder minder voneinander abweichend. Die Angelegenheit verhält sich nach unseren Feststellungen so: Vor etwa einem halben Jahre wurde ein hiesiger angehomer Glasermeister A. wegen angeblich unlauteren Erwerbs von Glas, das staatliches Eigentum war, vom hiesigen Schöffengericht unter dem Vorsitz des Friedensrichters X. zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil war in der vergangenen Woche von der Strafammer als Verurteilung bestätigt worden. Am folgenden Tage kaufte der Verurteilte einen Revolver und fuhr, nachdem er sich durch Alkoholgenuss Mut angemessen hatte, zur Wohnung des Friedensrichters X. in der ul. Orzeszkowej (fr. Schillerstraße) und rückte hier, nachdem er die Wohnung betreten hatte, den geladenen Revolver auf den Richter. Diesem gelang es jedoch, seinem Gegner die Schußwaffe noch rechtzeitig zu entwinden. Es entstand dann zwischen beiden ein heftiges Ringen, in dessen Verlauf sie die Treppe herunterrollten. Nunnehr griff der Droschkenfahrer, der mit seiner Tochter vor dem Hause hielt, ein und brachte die beiden auseinander. Sofort herbeigerufene Polizei nahm den A. fest. Dieser gab bei seiner polizeilichen Vernehmung an, daß er die Tat nicht wegen seiner Verurteilung, sondern deshalb begangen habe, weil der Friedensrichter über ihn das falsche Gericht vertrieben habe, doch er, A., einen Hühnerdiebstahl begangen habe. A. wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

X Brände. Die Feuerwehr wurde Sonntag früh 6½ Uhr nach der Holzbearbeitungsfabrik von Bartoszki u. Smolinski zu einem Feuer gerufen, das einen gesätzlichen Umfang hätte annehmen können, da eine große Menge von Spanen brannte. Das Feuer wurde von der Wehr in $\frac{1}{2}$ Stunden gelöscht. — Abends 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach der ul. Bożniczna 52 (fr. Posener Straße) gerufen, wo in der Anton Götz'schen Wohnung ein Brand ausgebrochen war, der um 7½ Uhr gelöscht war. — Abends 8 Uhr war in der Wohnung des Arbeiters Nowacki in der ul. Warszawska 5 ebenfalls ein Brand ausgebrochen. Dieser war nach einer Viertelstunde gelöscht.

X Gefunden wurde gestern ein zusammengelöteter einfacher goldener Damring mit blauer Perle, während zwei andere fehlten. Auf dem Platz Wolności (fr. Wilhelmsplatz). Zu besichtigen bei der Kriminalpolizei.

X Auflösung von Lagerdiebstählen. Bei einer großen hiesigen Speditionsschaffa waren in letzter Zeit vom Lager Leinwandstoffe im Wert von vier Millionen Mark verschwunden. Als Diebe sind jetzt zwei bei der Firma schon seit mehreren Jahren beschäftigte Arbeiter Josef Nowak und Josef Kubinski von der Kriminalpolizei ermittelt und in Untersuchungshaft genommen worden. Beide geben bei ihrer Vernehmung an, aus "Not gehandelt" zu haben. Der eine hat die entwendeten Stoffe zum Teil dazu verwendet, um für sich, seine Frau und Kinder Kleider anzutragen zu lassen. Die Not des zweiten ist jedoch keineswegs groß gewesen, denn er hat den Betrag von 10000 M. den er von einem Händler für gestohlene Ware erhielt, bis auf 11000 M. in Spiritus umgetauscht. Als Hauptbeschleiner diente eine Händlerin Josefa Springer aus der ul. Gaßtorowska (fr. Alleestraße), die gleichfalls in Haft genommen wurde.

X Auflösung eines Einbruchsdiebstahls. Im März d. J. nachts wurde bei der Samengroßhandlung von Telesfor Omiński in der ul. Szkoła (fr. Schulstraße) durch Einbrecher der Geldschrank erbrochen und daraus ein größerer Betrag gestohlen. Der Einbruchsdiebstahl ist jetzt von der Kriminalpolizei reitlos aufgelistet worden. Der geistige Urheber des Einbruchsdiebstahls war der 18jährige Lehrling der Firma Eugen Dolski, der zwei Leute, die er zur Ausführung der Tat für geeignet hielt, für den Geldschrankenbruch "engagierte", und zwar den 20jährigen Tischler Heinrich Heidler und den 24jährigen Arbeiter Kazimierz Dolatowski. Er selbst ebnete ihnen den Weg, indem er das Fenster zum Kontor aufriegelte und einen Knüppel und eine Axt im Bureau niederlegte, die die Geldschranknäder zur Abwehr des zur Bewachung bestimmten Hundes benutzt sollten. Tatsächlich schlugen sie auch den Hund tot und raubten dann in aller Gewalt-

lichkeit den Geldschrank, nachdem sie ihn aufgeschabt hatten, aus. Alle drei sind jetzt von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden.

X Durch Einbruch wurden aus einem Laden in der ul. Jasna 1a (fr. Buddekr) zwei große Spiegel und ein Kasten mit Tischlerhandwerkzeug im Werte von einer halben Million Mark.

X Festnahme eines schweren Tägers. Die Kriminalpolizei hat einen gewissen Wladysław Brugacz ermittelt, dessen Spezialität Billenraubungen in Unterberg waren. Er hat eine Reihe solcher Einbrüche eingestanden.

= Friedingen Kr. Brzeg 22. Oktober. In letzter Zeit ist das Anstellungsgrundstück des Besitzers Friedrich Rinne durch Verkauf in fremde Hände übergegangen. — Am Samstagabend war einigen Besitzern größerer Schaden auf den Getreidesfeldern durch Hagelschlag entstanden, aber bisher haben die Betroffenen von der Hagelversicherung noch keine Entschädigung erhalten. — Am evangelischen Pfarrhaus in Waldau wurde während des Gottesdienstes am letzten Sonntag einem gewissen Hans aus Friedersdorf ein Herrenjackett gestohlen.

* Rawitsch, 21. Oktober. Die ersten sichtbaren Vorboten des Winters stellten sich heute vormittag in Gestalt von Schneeflöcken und Graupeln ein, die mit Regen untermischt herabgingen, sofort aber wieder zerrannen.

Briefkasten der Schriftleitung.

Hartwig. 1. Unseres Erachtens hat der Tierarzt nicht das Recht, für 1920 geleistete Hilfe heut ein Honorar in Poggewerten zu fordern. Er hat nur Anspruch auf den damals gültigen Geldwert. 2. Von einer Verjährung dieser Forderung kann keine Rede sein, selbst wenn Sie keine Rechnung erhalten haben, denn die Verjährung dieser Forderung tritt erst am 31. Dezember d. J. ein. (B. G. B. § 196, Abs. 14.)

Alimente. Briefliche Auskunft erteilen wir nur in ganz seltenen Fällen. Ihre beiden Fragen sind zu verneinen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse: 20. Oktober 21. Oktober

Broz. Brz.-Staatsan. (Milj. novia)	160 + A	—
Bielski. Botočki i Skl.	450-465 + N	460-600 + N
Bane. Brzembłodowom	210 + N	220-260 + N
Bank Bw. Świd. Bar. I.-IX. Em.	250-265 + N	350-750 + N
Bolski Bank Handlowy, Poznań	370-375 + N	375-450 + N
Poz. Bani. Zieman I.-IV. Em.	175 + N	190 + N
Arcona (exkl. Gukowskredit)	350 + N	375-380 + N
Bydgoszcz Fabryka Wyd.	150 +	—
N. Bartkowsk.	—	180-190 + N
H. Cegielki I.-VIII. Em.	590-600-590 + N	600-1500 + N
Centrala Nolnitów I.-V. Em.	165-150 + N	—
Centrala Skor. (exkl. Kup.)	240-235-240 + N	250-280 + N
E. Hartwig	220-210 + N	—
Hartwig Kantrowicz	970 + N	970-1000 + A
Hurtownia Zwiazkowa	135 + N	150-145 + N
Herzfeld-Bittorius	460 + N	480-500 + A
Juno	400-390 + A	—
Huba. Kbr. przew. ziemi. (exkl. Kup.)	5000 +	—
Dr. Roman Kaw.	1400 + A	1450-1600-1800 +
Papiernia Bydgoszcz	275-300 + A	300 + N
Batra	—	550 + N
Poz. Świd. Drzwna I.-V. Em.	690 + N	—

Nach langem, schwerem Leiden verschied heute
an mein geliebter Mann, unser lieber Schwieger-
sohn und Schwager.
der Reichsbankinspektor
Georg Lindenberg,
im 37. Lebensjahr.
Um alles Beileid bitten
Eisenach, Poznań, Passau. d. 22. Oktober 1922.
Ilse Lindenberg, geb. Eppen.
Apothekenbes. Eppen und Jean.
Margarete Eppen.
Alois Röder.

9777

Für alle aus Polen
auswandernden Deutschen
werden [9771]

heimatliche u. Einbürgerungsrecht
prompt besorgt durch
C. B., Express, Bydgoszcz,
Jagiellońska 70.
Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstraße 16.
Poznań Straße 17.

Entrurf und Ausführung
von
Garten- u. Parkanlagen
Gewächshausbauten
Umänderung
bestehender Gärten
nach neuzeitlichstem Stil
Ratenteilung in sämlichen künstlerischen
Fragen. [9607]
Karl Paczkowski,
Garten-Architekt,
Poznań ul. Mickiewicza 15.

Raufe ein **Gut** in Größe von
500—1500 Morgen
guten Bodens mit guten Gebäuden und gütiger
Verkehrslage.
Ausführliche Offerten bitte an [422]
St. Jaraczewski, Poznań, ul. Gwarka 18, I.

80 Morgen Land
mit Windmühle u. Bäckerei
zu verkaufen.

Offerte unter Nr. B. 9784 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gut erhaltenes, gebrauchter

richter **Vandauer** oder Coupé
zu kaufen. Angebote mit Preis unter Nr. 9. 9758
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Mogen Verheiratung jüche
Röhmaschine (Singer),
Perker-Zeppeich, Sulz-
Bianino

Zum guten Bezahlung z. Kauf.
Nr. 9. Verheiratung 9775
d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gebot aus diesl ob. kom-
menden Zeitungsblattwurf

Jagdhündin
schwarzer Hase. Ges. Ang.
an Sigal, Radus, poz.
Wodzicki. Kurhaar und
hundiger bevorzugt. (9766)

Achtung! Kause
kleine und größere
Dosen und jah die höchste
Preise. (9703)
Postst. Dluga 6 I. Tel. 5051.

Ausdrucken!
Postbestellung.
An das Postamt

Unterzeichnet bestellt hiermit
1. **Poznańer Tageblatt** (Poznańer Woche)
für den Monat November 1922

Name _____
Wohnort _____
Postamt _____
Straße _____

TEATR PALACOWY
Vom 19. bis 25. Oktober:
Lord Ratcliff
Drama in 6 Akten n. d. dramatischen Werke Heinrich Heines unt. d. Titel:
William Ratcliff.
Ersklassiges Konzert unter Leitung des Herrn L. Budzyński.
Anfang der Vorstellungen: Wochentags um: 4½, 6½ und 8½ Uhr
Sonntags um 4 Uhr, letzte Vorführung 9 Uhr.

BERSON



Berso-Kauczuk
(sp. z ogr. odp.)
Centralia Kraków, Straszewskiego 2.

Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hand
Fander, Brathufin

Poznań ul. Świętyna Mielżyńskiego 23. Telefon 4019

Stellenangebote

Rutscher

für sofort gesucht. 19783
Oberförster

Rolle-Linie,
Post Zembowo, Kr. Nowy
Tomyśl, Station Lubosz.

Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern für
Kolonialwaren und Destilla-
tionsgeschäft für sofort gesucht.
Bedingung: Der deutsche u.
poln. Spr. mächtig. Ewald
Tonn, Nogózno. (9765)

Junges Mädchen, welches als
stätig

i. Haush. u. Gesch. n. Deutschland
in Siedlung will wird
4. 11. 22 od. später b. g.
Lohn gesucht. Reise wird verg.
Off. erkl. m. Bill zu richten
an Georg Reimanns
Bäckerei u. Konditorei,
Bergfelde bei Berlin
(Nordbahn). (974)

Gesucht zu sofortigem
Antritt, nicht zu junge

Stütze oder
Wirtschafferin

für Landhaushalt, die
perfekt Kocht, einweckt und
backen kann (auch Brot). —
Familienanschluss. Gehalt nach
Übereinkunft. Originalzeugn.
einfenden Ges. Angebote unter
Nr. 9. 9770 an d. Geschäftsst. d.
Post. Tagebl. erb.

Auf kleines Landgut be-
w. in Polen wird von sofort
ein gebildetes evangel.

Fräulein als

Stütze

gesucht bei voll. Familienan-
schluß. Gedg. Kenntnisse beider
Landessprachen u. fähig einem
7-jähr. Jungen bei etwas Unterricht
zu erteilen. Gehalt nach Über-
einkunft. Bew. erb. unter Nr.
12570 an d. Annondonbüro
„Par“, ul. Fr. Matajczaka 8.

Erfahrener Landwirt sucht
vom 1. 1. oder 1. 4. 1923 in

Polen oder Kommerziellen

Administration d. Stell. als

Oberbeamter

mbgl. dauernder intens. Sozial-

Gebietser. Bill. ev. 42 J. alt.

verb. d. Poln. in Wort und

Schrift mächtig. Geübt auf

lang. Prima-Zeugn. u. Emp.

jeige Stelle 8 J. inne. Ges.

Off. an Strasburger Brze-
miono, Post Uniao, erb.

Berufslandwirt, evgl.

verb. Anf. 30. sucht

Vertrauensstellung,

selbst. od. unter Oberleitung.

Gute Zeugn. u. Empf. Ges.

Ang. u. A. B. 9767 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Berufslandwirt, evgl.

verb. Anf. 30. sucht

Steinkohlenfeuer, Klebemasse

Dachpappen

in besten Qualitäten zu Fabrikpreisen.

K. Günther, Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945.

367

Torfgrus

von Maschinenpressstoff empfohlen besonders

Ziegelstein

nur in Waggonladungen

Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań,

Poznań, Waly Zygmunta Augusta Nr. 3.

Tel. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: Węglęska.

4442

Poznańer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

ulica Zwierzyniecka 6.

Deutsche Wahlversammlung
in Gnesen.

Am Freitag, dem 27. Oktober 1922,
findet um 11 Uhr vormittags in Gnesen im Hotel
Europäischer Hof

eine deutsche Wahlversammlung
statt. — Redner Herr von Wendorff-Mühlburg.
Es ist Pflicht jedes Deutschen, zu dieser Versammlung
zu erscheinen.

Deutscher Wahlausschuss. [9724]

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 24. 10. abends 7½ Uhr: „Halft“,
Oper von Moniuszko.

Mittwoch, den 25. 10. abends 7½ Uhr: „Konrad
Wallenrod“, Oper von Glehn.

Feine, moderne
Strickarbeiten
fertigt jede Dame nach dem
vorzüglichsten Lehrgang und
den herrlichen Mustern von

Texashandarbeiten [9746]
Kunst-Stricken
zu haben bei
Leonhard Pfitzner,
Poznań, ul. Grobla 25a.

Achtung!

Rittergüter, Güter
u. kleinere Objekte

von leistungsfähigen Männern
gesucht. Wer seinen Besitz
verkaufen will, wende sich
vertraulich an das unter-
zeichnete Büro. (9717)

E. Ołużewski i Sta.,
Poznań, Slowackiego 48.
Telefon 37-29.
Biuro Komisowe, Filiale:
Szamotuły, ulica Alas-
tora 10. Tel. 64.

Wohnungen

Saue Wohnung,
2-3 Zimmer. Angebote erb.
9782 Lewandowska,
Alje Marcinkowskiego 16.

Aufzug!
Ladie söcht 2 Zimmer
und Küche von Berlin nach
Poznań. Ges. Angebote unter
Nr. 9781 an d. Geschäftsst. d.
Post. Tagebl. erb.

Wohngeld

Saue Wohnung,
2-3 Zimmer. Angebote erb.
9782 Lewandowska,
Alje Marcinkowskiego 16.

Tüchtiger lediger
Brennerei-Verwalter

der nur größere Betriebe ge-
leitet hat, vertraut mit elekt.
Lichtanlagen und Kartoffel-
stadeln, kostet d. Guts-
vorstehergeschäften, sucht bald od.
später dauernd eine Stellung. Ang.
bitte, unter Nr. 9755 an die
Geschäftsst. dieses Blattes

Auf kleines Landgut be-
w. in Polen wird von sofort
ein gebildetes evangel.

Fräulein als

Stütze

gesucht bei voll. Familienan-
schluß. Gedg. Kenntnisse beider
Landessprachen u. fähig einem
7-jähr. Jungen bei etwas Unterricht
zu erteilen. Gehalt nach Über-
einkunft. Bew. erb. unter Nr.
12570 an d. Annondonbüro
„Par“, ul. Fr. Matajczaka 8.

Oberbeamter

mbgl. dauernder intens. Sozial-

Gebietser. Bill. ev. 42 J. alt.

verb. d. Poln. in Wort und

Schrift mächtig. Geübt auf

lang. Prima-Zeugn. u. Emp.

jeige Stelle 8 J. inne. Ges.

Off. an Strasburger Brze-
miono, Post Uniao, erb.

Berufslandwirt, evgl.

verb. Anf. 30. sucht

Vertrauensstellung,

selbst. od. unter Oberleitung.

Gute Zeugn. u. Empf. Ges.

Ang. u. A. B. 9767 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Berufslandwirt, evgl.

verb. Anf. 30. sucht

Wirtschafts-

Oberinspектор,

35 Jahre alt, mit hoh. Schul-

bildung, langjähr. Praxis

in eifl. Gütern Deutschlands

und Großpolen, erfahren in

Außen- u. Samenhandel, bei-

Landessprachen in Wort und

Schrift mächtig, sucht ent-
sprechende Stellung.

Angebote unter Nr. 9. 9768

an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Landwirt (Sohn),

ebang., 22 Jahre alt, aus guter

Familie, tüchtig erzogen, sucht

Stellung

als Assistent,

von sofort oder 1. November.